

DIE BEFRAGUNG 2017



**Jörg Hofmann**  
**Erster Vorsitzender der IG Metall**

**Pressekonferenz der IG Metall**  
**zur Befragung 2017**  
**„Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt“**

Berlin, 25. April 2017

**Sperrfrist Redebeginn**  
**Es gilt das gesprochene Wort!**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
auch von mir ein herzliches Willkommen zu unserer heutigen Pressekonferenz!

Auf die Beschäftigten kommt es an. Das gilt im Betrieb ebenso wie in der Politik. Deshalb lässt die IG Metall sie zu Wort kommen und hört ganz genau hin. Von Mitte Januar bis Ende Februar haben wir bundesweit die Beschäftigten in unseren Branchen befragt - sowohl zu ihrer Arbeits(zeit)situation als auch zu verschiedenen aktuellen politischen Themen. Die noch auszuwertenden Antworten der Beschäftigten zu ihren Arbeitszeitrealitäten werden wir Ihnen Mitte Mai detailliert vorlegen.

Die Forderungen der Beschäftigten an die Politik wollen wir Ihnen heute vorstellen und damit in die politische Arena tragen.

Die Beteiligung an der Befragung war fantastisch:  
Mehr als 680.000 – oder um ganz genau zu sein – 681.241 Menschen aus rund 7.000 Betrieben im ganzen Land haben unseren Frageboten ausgefüllt.  
Das sind noch einmal knapp 170.000 Teilnehmer mehr als vor vier Jahren bei unserer Befragung vor der Bundestagswahl 2013.

Bevor wir aber ins Detail gehen, möchte ich vor allem eins deutlich machen: Die gewaltige Beteiligung an unserer Befragung 2017 macht uns als IG Metall enorm stolz.

Besonders beeindruckend ist dabei für mich, dass fast 40 Prozent der Teilnehmenden „Noch-Nicht-Mitglieder“ unserer Gewerkschaft sind. Darin liegt für uns als IG Metall eine große Chance.

Dass sich so viele Menschen eine halbe Stunde Zeit genommen haben, um unsere Fragen zu beantworten – dafür kann ich drei Gründe anführen:

Erstens: Die Beschäftigten wollen mit ihren Wünschen, Sorgen und Forderungen gehört werden. Und sie setzen in die IG Metall das Vertrauen, dass ihre Themen aufgenommen werden.

Zweitens: Sie trauen uns als IG Metall eine ganze Menge zu. Sie wissen, dass wir nicht nur hinhören, sondern auch handeln – auf tarifpolitischer Ebene, wie auch im Betrieb.

Und drittens: Wer im September gewählt werden will, der kommt an den Ergebnissen dieser Befragung nicht vorbei!

Meine Damen und Herren,  
die Antworten der Beschäftigten sprechen eine klare Sprache:

Sie wollen sicher, gerecht und selbstbestimmt leben und arbeiten.  
Was heißt das konkret?

Ihnen ist bewusst, dass sich die Arbeitswelt derzeit rasant wandelt.

Die Treiber dieses Wandels sind vielfältig. Globalisierung und Klimawandel zählen ebenso dazu wie Demografie und vor allem die Digitalisierung.

In diesem Transformationsprozess in die Arbeitswelt von morgen wollen die Menschen wissen, wie ihre eigene berufliche Zukunft aussieht.

93 Prozent der Beschäftigten fordern daher die Politik auf, sich für Sicherheit und berufliche Perspektiven in der Industrie 4.0. stark zu machen.

Der Megatrend ist nun auch ein Megathema in den Betrieben.  
Das Thema ist dort nicht mehr Zukunftsfiktion, sondern real greifbar.

Dazu muss sich die Politik in den kommenden vier Jahren verhalten und konkret handeln. Und: Dieser Punkt hat über alle Befragungsgruppen hinweg absolut hohe Relevanz.

Ob in Ost oder West, ob im Maschinenbau, in der Elektrotechnik oder im Handwerk, ob jung oder alt; ob in Teilzeit oder Vollzeit; ob im Einkauf, in der Produktion oder in der IT.

Wir wollen Sicherheit, wir wollen gute Perspektiven in der digitalen Arbeitswelt.  
Dabei sind die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz umso größer, je schwächer die Position des Einzelnen am Arbeitsmarkt ist.

Das beginnt mit der Sicherheit des Jobs und der Verlässlichkeit des Einkommens.  
89 Prozent sprechen sich daher für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, von Minijobs und prekärer Soloselbstständigkeit aus.

Sicherheit und gute Perspektiven gibt es auch nur mit gleichen Chancen zur Teilhabe an Bildung.

Eine überwältigende Mehrheit von 93 Prozent fordert eine Bildungspolitik, die Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft eröffnet und ein verbrieftes Recht jedes Beschäftigten auf betriebliche Weiterbildung garantiert. Davon sind wir heute meilenweit entfernt. Aber ein Recht auf Weiterbildung, seine Absicherung durch die Öffnung von Berufsschulen und Hochschulen und die Förderung jenseits von Altersgrenzen, sind zwingend notwendig!

Gleiche Teilhabechancen verlangen auch, dass die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen nicht zur beruflichen Sackgasse werden darf.

Und die Zahlen zeigen, dass das alles ist - nur kein Randthema oder gar „Gedöns“: Für sage und schreibe 92 Prozent der Befragten steht das Thema Vereinbarkeit ganz oben auf der Agenda. Damit ist dies für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie längst kein „Frauenthema“ mehr.

Meine Damen und Herren,  
jede Veränderung der Arbeitsgesellschaft führte immer schon dazu, dass errungene Schutzrechte der Beschäftigten von den Arbeitgebern als „veraltet“ und „nicht mehr der Zeit entsprechend“ stigmatisiert wurden. Nicht um sie an die neuen Zeiten anzupassen, ist das notwendig, sondern um sie abzuschaffen.

Auch Gesamtmetall und die BDA versuchen hier jetzt wieder dieses Spiel zu spielen: Höchstgrenzen und feste Ruhezeiten im Arbeitszeitgesetz sollen nicht mehr abschließend im Gesetz geregelt werden.

Das mag der Arbeitgeberwunsch sein. Ich kann nur sagen:  
Das sehen 96,4 Prozent der Beschäftigten völlig anders!

Sie wollen auch in Zukunft ein starkes Arbeitszeitgesetz - mit Ruhezeiten, mit einem Recht auf Abschalten. Und wenn sie sich heute zufrieden mit ihrer Arbeitszeit zeigen, dann deshalb, weil Gesetzgeber, Gewerkschaften und Betriebsräte diese reguliert haben!

Das Ergebnis ist eine klare Ansage an die Politik:  
Wer die bestehenden Schutzregeln schleifen will, hat die Beschäftigten in Deutschland geschlossen gegen sich!

Und sie fordern eine Korrektur in der Arbeitsmarktpolitik, wenn es auf dem Weg in die Arbeitsgesellschaft von morgen sicher zugehen soll.

Es macht keinen Sinn mehr, alleine zu streiten, was vor 15 Jahren falsch oder richtig in der Arbeitsmarktpolitik war, es gilt zu fragen:

Was sind heute – im Zeitalter der Digitalisierung – die Herausforderungen an die Arbeitsmarktpolitik, damit keine Abstiegsängste entstehen müssen?

83 Prozent der Beschäftigten verlangen einen klaren Kurswechsel, eine neue Arbeitsmarktpolitik.

Sie sagen, dass der Erhalt der Qualifikation Vorrang haben muss vor der Vermittlung in den erstbesten Job. Und sie fordern deshalb eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und neue Zumutbarkeitsregeln.

Sanktion ist keine Antwort auf die Digitalisierung.  
Qualifikation dagegen sehr wohl. Das sehen die Beschäftigten mit großer Klarheit.

Deshalb ist es richtig, dass die SPD den Vorschlag eines  
„ALG Q“ gegen viel Widerstand auf die politische Agenda gesetzt hat.

Meine Damen und Herren,  
auch bei anderen Themen der aktuellen politischen Debatte - wie bei den zum Teil unvollendeten Baustellen der großen Koalition - sind die Beschäftigten völlig klar in ihren Ansichten.

Für die Beschäftigten ist es keine Frage, ob wir ein Entgelt-Transparenz-Gesetz brauchen: 91 Prozent der Beschäftigten fordern gleiche Einkommen und gleiche Chancen für Männer und Frauen.

Für die Beschäftigten ist es auch keine Frage, ob es ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit geben soll:

Neun von zehn Befragten fordern genau das.

Deshalb ist es eine Schande, dass sich die CDU/CSU auf den letzten Metern dieser Regierung bis dato dem Druck der BDA beugt.

Und für die Beschäftigten ist es auch keine Frage, ob die betriebliche Altersvorsorge gestärkt werden soll: 93 Prozent der Beschäftigten fordern eine Verpflichtung der Arbeitgeber zur betrieblichen Altersvorsorge für alle.

Sie wollen nicht länger getröstet werden, sie wollen Lösungen. Und zwar jetzt!  
Auch bei der Rente gilt es, für einen neuen Realismus zu sorgen und Fakten gegen Fiktion zu stellen.

85 Prozent der Beschäftigten wollen ein höheres Rentenniveau. Das ist weniger erstaunlich, als der Fakt, dass sie dafür auch bereit sind, höhere Rentenbeiträge in Kauf zu nehmen.

Und aufgemerkt: Das gilt auch für die Jüngeren. In allen Altersgruppen gibt es eine klare Zustimmung in dieser Frage.

Das sollten sich all jene sorgfältig notieren, die in diesem Land versuchen, die Generationen gegeneinander auszuspielen, wie es die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft mit massivem Mitteleinsatz versucht.

Eine leistungsfähige gesetzliche Rente ist keine Generationen, sondern eine Gerechtigkeitsfrage. Die Privatisierung der Altersvorsorge zu Gunsten niedrigerer Beiträge der Arbeitgeber war eine Fehlentscheidung. Dies sagen knapp 87 Prozent.

Und rund 95 Prozent fordern ein Zurück zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.

Meine Damen und Herren,  
die hohe Beteiligung der Beschäftigten zeigt auch ihre Bereitschaft zur demokratischen Einmischung. Es unterstützt ein Politikmodell, für das die IG Metall steht: Das gemeinsame solidarische Handeln.

Und es ist ein klares Votum gegen ein Politikmodell, das nach oben schimpft und nach unten tritt. Dafür steht - seit gestern noch deutlicher - die AfD.

Ich meine: Die AfD ist für Beschäftigte keine Alternative.  
Ihr Geschäft ist die Spaltung - unseres ist die Solidarität. Wo wir Menschen einbinden, grenzt sie aus. Und wo wir Tag für Tag an Lösungen im Sinne aller Beschäftigten arbeiten, verachtet die AfD den demokratischen Kompromiss und schürt Ängste.

Umso mehr freue ich mich, dass die Beschäftigten dieser Spaltung in unserer Befragung eine klare Absage erteilen.

Für knapp zwei Drittel der Befragten ist die faire Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt ein wichtiges Thema.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass jene, die selbst um ihren Job fürchten, in dieser Frage zurückhaltender sind.

Umso wichtiger ist deshalb eine Arbeitsmarktpolitik, die Ängste aufnimmt anstatt sie zu schüren.

Meine Damen und Herren,  
Tarifbindung trägt auch zu höheren Einkommen und damit auch zu einer Stärkung des privaten Konsums bei.

Wenn sich Deutschland heute auf der Anklagebank permanenter Außenhandelsüberschüsse befindet, kann es nicht Antwort sein, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu drosseln.

Stattdessen gilt es, die Binnennachfrage zu stärken. Durch mehr privaten Konsum und mehr staatliche Investitionen - und damit die Importe.

Deutschland befindet sich auf einem Abstiegsplatz in der OECD, was den Anteil öffentlicher Investitionen am BIP angeht.

Dies ist eine Folge falscher Haushaltspolitik. Aber auch eine Folge einer ständigen Entlastung von Kapitaleinkünften, hoher Vermögen und Einkommen, was nicht nur

die Finanzierungsbasis öffentlicher Haushalte eingrenzt, sondern zu einem Auseinanderdriften in der Einkommens- und Vermögensverteilung beiträgt.

Hier sehen wir heute die Folgen einer jahrelangen Fehlentwicklung – und auch der Armuts- und Reichtumsbericht spricht eine deutliche Sprache.

Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen, auch um Zukunftsaufgaben leisten zu können, in der Bildung, im Wohnungsbau, in der Infrastruktur.

Das Ergebnis unserer Befragung ist entsprechend eindeutig:  
Mehr als drei Viertel der Beschäftigten fordern eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften.

Auch dies ist eine eindeutige Aussage!

Meine Damen und Herren,  
mit unserer Befragung haben die Beschäftigten ihre Stimme erhoben und ihre Interessen formuliert. Ihre Wünsche, Sorgen und Forderungen nehmen wir auf und tragen sie ab heute ins Zentrum der politischen Debatte.

Und allen im politischen Berlin und im ganzen Land muss klar sein:  
Wer Politik für alle machen will; wer in Deutschland Wahlen gewinnen will, der kommt an den Ergebnissen dieser Befragung nicht vorbei.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!